

Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis
Humboldt-Universität zu Berlin
Of Counsel Gleiss Lutz

**Verfassungsrechtliche Fragen des
Stufenausstiegs aus der Kernenergie**

Vortrag 1.7.2011

1. Gesetz und Begründung
2. Moratorium
3. Abschaltanordnung § 7 Ia S. 1 Nr. 1 AtomG
4. Reststrommengen
5. Kernbrennstoffsteuer

1. Gesetzesinhalt

Dr. 17/6070

§ 7 Ia S. 1, 2 Nr. 1-6 – zeitlich gestaffelter Ausstieg

§ 7 Ib S. 4 – Übertragbarkeit

§ 7 Ie – Reserve

§ 23c – Bundesnetzagentur
- Streichung von Anlage 3 Spalte 4

1. Gesetzesbegründung

- Neubewertung der Risiken wegen Japan
- RSK <-> Ethikkommission
- Verhältnismäßigkeit der Neuregelungen
- BVerfGE 49, 89 – Kalkar I
- Amortisierung und Gewinnerzielung
- Rekurs auf Verhandlungen 2002

Nicht erwähnt werden

- Brennstoffsteuer
- Art. 12 GG
- Übergangsregelungen
- Entschädigung
- Unionsrecht

Enteignung

oder

**Inhalts- und
Schrankenbestimmung**

2. Senat

1. Senat

z.T. Vollenteignung

- flexibler bei Entzug und Entschädigung
- dagegen BVerfG
NVwZ 2010, 512 -
Schönefeld

BVerfGE 49, 89

Leitsatz 4: In einer notwendigerweise mit Ungewißheit belasteten Situation liegt es zuvorderst in der politischen Verantwortung des Gesetzgebers und der Regierung, im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen die von ihnen für zweckmäßig erachteten Entscheidungen zu treffen. Bei dieser Sachlage ist es nicht Aufgabe der Gerichte, mit ihrer Einschätzung an die Stelle der dazu berufenen politischen Organe zu treten. Denn insoweit ermangelt es rechtlicher Maßstäbe.

BVerfGE 49, 89

Leitsatz 6: Vom Gesetzgeber im Hinblick auf seine Schutzpflicht eine Regelung zu fordern, die mit absoluter Sicherheit Grundrechtsgefährdungen ausschließt, die aus der Zulassung technischer Anlagen und ihrem Betrieb möglicherweise entstehen können, hieße die Grenzen menschlichen Erkenntnisvermögens verkennen und würde weithin jede staatliche Zulassung der Nutzung von Technik verbannen. Für die Gestaltung der Sozialordnung muß es insoweit bei Abschätzungen anhand praktischer Vernunft bewenden. Ungewißheiten jenseits dieser Schwelle praktischer Vernunft sind unentrinnbar und insofern als sozialadäquate Lasten von allen Bürgern zu tragen.

2. Moratorium

- § 19 III Nr. 3 keine Rechtsgrundlage, Rechtsnihilismus
- Bitte an Länder
- Anordnung durch Länder
- Amtshaftung und enteignungsgleicher Eingriff
- Rechtsmittel

3. § 7 Ia S. 1 Nr. 1

- Unzulässige Enteignung iSv Art. 14 III GG
- Alternativ: Unzulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung iSv Art. 14 I S. 1 GG
- entscheidend Auslegung Kalkar
- Unterschiede Bodeneigentum, „Wassereigentum“, „Atomeigentum“

- **Art. 12 GG verletzt**
so schon
Di Fabio, Schmidt-Preuß, Ossenbühl
u.a. zum 1. Atomausstieg
- **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**

4. Strommengen

- Eigentum so schon Di Fabio, P.M. Huber u.a.
- Gegenposition: Denninger:
Amortisation und Gewinne

5. Kernbrennstoffsteuer

- Vereinbarungen Atomausstieg I
- Verhandlungen 2010
- Wegfall der Geschäftsgrundlage
- Präzedenzfall „hinkende Austauschverträge“
- Steuerrechtliche Fragen